

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff,
Ulrich Oehme und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/7897 –**

Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut einem Bericht auf der Netzseite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist Deutschland nach den Vereinigten Staaten zweitgrößter bilateraler ODA-Geber (ODA = Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) Afghanistans. Die Bundesregierung habe Afghanistan bei der letzten großen Geberkonferenz 2016 in Brüssel Unterstützung von bis zu 430 Mio. Euro pro Jahr bis 2020 für den zivilen Wiederaufbau zugesagt, heißt es dort weiter. In Bereichen, in denen die Reformanstrengungen der afghanischen Partner hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, habe das BMZ seine Unterstützung verringert. Anlässlich der Geberkonferenz in Genf Ende Oktober 2018 äußerte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller: „Wir stehen inmitten einer kritischen Phase an der Seite der Afghanen. Zugleich erwarten wir, dass unsere Hilfe effizient und für Entwicklung und Frieden genutzt wird. Deswegen gilt auch hier das Prinzip „Fördern und Fordern“: Unterstützung im Gegenzug für konkrete Reformfortschritte“ (www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2018/november/181127_Afghanistan-Konferenz-in-Genf-Minister-Mueller-Erwarten-Reformen-von-Afghanistan/index.html).

Gleichzeitig berichtet die Netzseite der „Deutschen Welle“ über gravierende Probleme in Afghanistan. Dort heißt es: „Durch die Präsenz der Taliban und der Terrororganisation ‚Islamischer Staat‘ (IS) habe sich die Lage in den vergangenen zwei Jahren deutlich verschlechtert“. Afghanistan stehe „vor dem Zusammenbruch“ (www.dw.com/de/afghanistan-vor-dem-zusammenbruch/a-46472821).

Zudem berichtet „tageschau.de“, dass alle bei der afghanischen Parlamentswahl im Oktober 2018 abgegebenen Stimmen in Kabul „für ungültig erklärt“ werden mussten. In dem Artikel heißt es: „Der Sprecher der Wahlbeschwerdekommision, Alireza Rohani, führte mehr als 25 Gründe für die Entscheidung an, darunter massive Wahlfälschung, aber auch eine mangelhafte Durchführung der Wahl durch die Unabhängige Wahlkommission (IEC)“ (www.tagesschau.de/kabul-wahl-ungueltig-101.html).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist das zuständige Fachressort für die Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung. Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes geförderte Maßnahmen in Afghanistan, die nach den Kriterien der OECD als ODA anrechenbar sein können, finden u. a. im Rahmen der Humanitären Hilfe statt. Es wird auf die deutsche Meldung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) an den Entwicklungsausschuss der OECD (Development Assistance Committee – DAC) verwiesen. Diese Daten werden von allen Gebern nach den Regelungen des DAC gemeldet und bieten so über alle Ressort- und Ländergrenzen hinweg eine einheitliche Basis zur Darstellung der ODA-Leistungen (hier: Auszahlungen). Die ODA-Daten liegen bis zum Jahr 2017 vor (<https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=CRS1>).

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan insgesamt?

Die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung Afghanistans hat seit dem Sturz der Taliban bereits bemerkenswerte Fortschritte gemacht. So hat Afghanistan seit dem Jahr 2001 in allen Dimensionen, die dem Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen („Human Development Index“) zugrunde liegen – Lebenserwartung bei Geburt, durchschnittliche Schulbesuchsdauer, voraussichtliche Schulbesuchsdauer, Bruttonationaleinkommen pro Kopf –, erhebliche Fortschritte gemacht.

Deutschland hat in den vergangenen 18 Jahren – gerade auch mit seiner Entwicklungszusammenarbeit – zu dieser Entwicklung beigetragen und gemeinsam mit der afghanischen Regierung sowie der internationalen Gemeinschaft wichtige Grundlagen für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes geschaffen. Trotz vieler Fortschritte ist Afghanistan jedoch immer noch geprägt von einer schwierigen, aber auch regional unterschiedlichen Sicherheitslage, einer nicht in allen Landesteilen handlungsfähigen Regierung, Armut in breiten Schichten der Bevölkerung sowie einem durch konkurrierende Interessen gekennzeichneten regionalen Umfeld. Dies stellt auch das entwicklungspolitische Engagement der Bundesregierung vor besondere Herausforderungen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zielt darauf ab, langfristige Grundlagen für eine nachhaltige und stabile wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung Afghanistans zu schaffen. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sind nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung, Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur.

2. Wie effizient werden die deutschen finanziellen Hilfen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan nach Ansicht der Bundesregierung eingesetzt?

Nach Einschätzung der Bundesregierung werden die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan effizient eingesetzt. Siehe hierzu auch die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 9 bis 14 sowie insbesondere die Antwort zu Frage 13 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/8031.

3. Welche Projekte für den „zivilen Wiederaufbau“ werden von der Bundesregierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan unterstützt?

Auf die Anlage 1 wird verwiesen.

4. Welche drei Projekte für den „zivilen Wiederaufbau“ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit würde die Bundesregierung als besonders erfolgreich bewerten?

Als besonders erfolgreich bewertet die Bundesregierung die Vorhaben:

- 1) Förderung der beruflichen Bildung („Technical Vocational Education and Training“, TVET laufendes Vorhaben): Die Maßnahme zielt u. a. darauf ab, das pilothaft eingeführte Berufsbildungssystem für die Zielgruppe der afghanischen Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren in 30 von 34 Provinzen zu verbessern und die Arbeitsmarktorientierung des Berufsbildungssystem insgesamt zu stärken. Dabei werden sowohl Jugendliche erreicht, die im vollschulischen formalen System ausgebildet werden, als auch Jugendliche, die als Lehrlinge betriebsbegleitenden Berufsschulunterricht besuchen. Das Vorhaben hat 50 Pilotschulen ausgestattet, Curricula für 7 Gewerke und analoge Prüfungssysteme mit der Privatwirtschaft ausgearbeitet und Trainings für Berufsschullehrkräfte entwickelt. Das Vorhaben hat außerordentliche Errungenschaften bei der Modernisierung der traditionellen Lehrlingsausbildung erzielt und genießt eine hohe politische Aufmerksamkeit der afghanischen Partner.
- 2) Wiederaufbau und Erweiterung des Stromversorgungsnetzes sowie Aufbau von Versorgungsnetzen in Mittelstädten der Nordprovinzen (Netzanbindung nördliche Städte und Gemeinden in Afghanistan – NEPS) – laufendes Vorhaben: Der Ausbau des Stromübertragungs- und Verteilungsnetzes in Afghanistan ist nach wie vor eine der größten entwicklungshemmenden Herausforderungen und gehört daher zu den Prioritäten der afghanischen Regierung. Das Vorhaben hat zum Ziel, Bewohnerinnen und Bewohner der nordafghanischen Provinzen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen verlässlich mit Energie zu versorgen und somit eine wichtige Grundlage für Wirtschaftswachstum zu schaffen. Es umfasst den Bau von Umspannstationen, Übertragungs- u. Verteilungsleitungen mit Zählern sowie den Anschluss lokaler Netze an das nördliche regionale Stromnetz in Afghanistan. Bisher wurden ca. 10 000 Haushaltsanschlüsse gelegt und damit 64 000 Personen Zugang zur Stromversorgung ermöglicht. Im Verlauf des Programmes sollen ca. weitere 30 000 Haushalte angeschlossen werden.
- 3) Aufbau einer Mikrofinanz-Bank – „First Micro Finance Bank“ Afghanistan FMFB – laufendes Vorhaben: Der Auf- und Ausbau der größten Mikrofinanzbank des Landes zielt darauf ab, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu fördern und Einkommensmöglichkeiten für Männer und Frauen zu schaffen. Die FMFB vergibt Kredite an kleine und mittlere Unternehmen – insbesondere in ländlichen Gebieten. Durch die Kreditvergabe wird Produzenten und Unternehmen der Zugang zu Finanzdienstleistungen erleichtert und das Geschäfts- und Investitionsklima verbessert. Die FMFB beschäftigt in 2018 in 14 Provinzen des Landes mehr als 1 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie hat ca. 64 500 Mikrokredite und 600 Darlehen an KMU vergeben. 21 Prozent der Kredite wurden dabei an Frauen vergeben, für die der Zugang zu Krediten sonst deutlich erschwert ist und Finanzprodukte wurden speziell auf diese Zielgruppe zugeschnitten.

5. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan, die von terroristischen Gruppen angegriffen oder behindert werden?

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über Angriffe bzw. direkte/unmittelbare Behinderungen durch terroristische Gruppen auf Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan vor.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedrohungslage in Afghanistan durch Terrorgruppen (Taliban und „Islamischer Staat“) insgesamt?

Die Sicherheits- und Bedrohungslage in Afghanistan ist derzeit von stark aktiven Taliban geprägt. Der sog. Islamische Staat Provinz Khorasan (ISPK) hat landesweit eine eher untergeordnete Rolle. Insgesamt hat sich die Raumkontrolle durch die afghanische Regierung bzw. die Taliban in den letzten drei Monaten nicht signifikant verändert. Aktuell liegen keine konkreten Hinweise für eine Bedrohung deutscher Interessen, Einrichtungen oder Personen vor. Es wird auf die wöchentliche Unterrichtung des Parlaments über die Auslandseinsätze der Bundeswehr verwiesen.

7. Welche konkreten Reformfortschritte erwartet die Bundesregierung von Afghanistan im Sinne des „Fördern-und-Fordern“-Grundsatzes von Bundesminister Dr. Gerd Müller?

Das Einfordern von politischen Reformen ist ein wesentliches Element der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der afghanischen Regierung. Die Bundesregierung knüpft ihre Unterstützung für Afghanistan an die Umsetzung bestimmter Reformen (Konditionalisierung). In Bereichen, in denen die Reformanstrengungen der afghanischen Partner hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, hat das BMZ Teile seiner Unterstützung gestrichen oder verringert.

Grundlage bietet die zwischen Gebergemeinschaft und afghanischen Regierung vereinbarte Reformagenda Geneva Mutual Accountability Framework (GMAF) sowie das diesem vorausgehende Self Reliance and Mutual Accountability Framework (SMAF). Das GMAF umfasst gemeinsame Anstrengungen der afghanischen Regierung und der Staatengemeinschaft in zentralen Entwicklungsbereichen wie Armutsbekämpfung, Korruptionsbekämpfung, gute Regierungsführung, Förderung von Frauen oder wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig soll der GMAF eine stärkere Orientierung der Gebergemeinschaft an afghanischen Prioritäten einfordern (GMAF: https://unama.unmissions.org/sites/default/files/gmaf_final_26_nov_2018.pdf).

Aufgrund nicht erfüllter Reformfortschritte hat das BMZ bei den Regierungsverhandlungen im Jahr 2018 Mittel in Höhe von 17,5 Mio. Euro einbehalten. Gleichzeitig wurden Vereinbarungen zur Konditionalisierung der geplanten Zusage 2019 getroffen. Dabei sollen erneut Mittel an Reformvereinbarungen geknüpft werden. Darüber hinaus sollen zukünftig Infrastrukturinvestitionen an den Abschluss von Betriebs- und Wartungsvereinbarungen für die laufenden Investitionen geknüpft werden.

Zusätzlich hat das BMZ in der Vergangenheit Zusagen für Wasser- und Energievorhaben an die Umsetzung der Vereinbarungen zur Zoll- und Steuerbefreiung gebunden. Wegen Nichterfüllung dieser Konditionen wurden 2016 31 Mio. Euro einbehalten. 2017 wurden die Bedingungen erfüllt, so dass erst dann neue Zusagen für Wasser- und Energievorhaben getätigt wurden.

8. In welchen Bereichen bezüglich der Reformen blieb Afghanistan hinter den Erwartungen der Bundesregierung zurück?

Die afghanische Regierung hat zuletzt zur Genfer Ministerkonferenz zu Afghanistan am 27. bis 28. November 2018 einen Statusbericht zu den zwischen afghanischer Regierung und internationaler Gemeinschaft 2015 vereinbarten und 2016 angepassten Reformzielen vorgelegt (Statusbericht zum Self-Reliance through Mutual Accountability Framework – SMAF, Quelle: <http://policymof.gov.af/home/wp-content/uploads/2018/07/SMAF-Report.pdf>).

In der Umsetzung maßgeblich verzögert waren insbesondere Reformen zur Vereinfachung öffentlicher Dienstleistungen (z. B. Einrichtung sogenannter „one-stop-shops“) und Verwaltung sowie die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der UN-Sicherheitsratsresolution 1325.

9. Wie bewertet die Bundesregierung die Vorwürfe bezüglich der Wahlfälschungen bei den afghanischen Parlamentswahlen?

Die Parlamentswahlen vom Oktober 2018 fanden erstmals in voller Eigenverantwortung der afghanischen Regierung statt und waren von großen Herausforderungen geprägt.

Die Bundesregierung hat gegenüber der afghanischen Regierung die Notwendigkeit deutlich gemacht, die entsprechenden Lehren aus den Parlamentswahlen zu ziehen und mit Blick auf künftige Wahlen anzuwenden.

Die afghanische Regierung hat reagiert und die beiden Vorsitzenden der Wahlkommissionen sowie alle weiteren zwölf Mitglieder entlassen. Die afghanische Generalstaatsanwaltschaft hat ein Ausreiseverbot gegen die Mitglieder der Wahlkommissionen verhängt, um die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu prüfen. Außerdem hat die afghanische Regierung Wahlgesetzänderungen erlassen, die sowohl die personelle Besetzung der Wahlkommissionen betreffen als auch das Wahlverfahren.

10. Welche Auswirkungen haben die Vorwürfe bezüglich der Wahlfälschungen auf die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit?

Die Bundesregierung sieht derzeit keine direkten Auswirkungen der afghanischen Parlamentswahlen auf die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit. Die innenpolitische Lage in Afghanistan wird im Rahmen von bilateralen Gesprächen mit der afghanischen Regierung regelmäßig thematisiert. Hierzu gehört auch die Durchführung der Parlamentswahlen vom Oktober 2018.

11. Was sind nach Meinung der Bundesregierung die größten Reformhemmnisse in Afghanistan?

Zu nennen ist insbesondere die volatile Sicherheitslage, der stockende Friedensprozess, die unzureichenden personellen und administrativen Kapazitäten der Regierung sowie die schwierige Haushaltslage.

Anlage 1	
zu Frage 3 - Laufende Projekte des BMZ im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan	
Bezeichnung	Durchführungsorganisation/Träger
EZ- Sicherheitssystem	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Förderung der Rechtsstaatlichkeit	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Förderung guter Regierungsführung im Rohstoffsektor Afghanistans	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Monitoring, Evaluation und Kommunikation	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Förderung der Beruflichen Bildung	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Förderung der Grund- und Sekundarbildung	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Offener Politikberatungsfonds	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Programm zur Verbesserung des Energiesektors	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Provinzberater Nordafghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Stärkung des Wasserektors	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Wiederherstellung von Waldlandschaften in Afghanistan	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Programm Migration für Entwicklung	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Afghan Reconstruction Trust Fund (ARTF)	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Districtentwicklungsfonds	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Regionaler Infrastrukturentwicklungsfonds	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Aufbau einer Mikrofinanzbank - KMU-Kreditlinie	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Highway Kunduz - Kholm	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Entwicklung wirtschaftlicher Infrastruktur	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Beschäftigungsförderung	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Berufliche Schulen Nordafghanistan	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Integration von Rückkehrenden und Binnenvertriebenen	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Nachhaltige Rückkehr und Reintegration von afghanischen Flüchtlingen aus Pakistan (UNHCR)	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Programm zur Bekämpfung von Kinderlähmung	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Verbesserung der Energieversorgung durch Erneuerbare Energien und Energieeffizienz	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Programm Dezentrale Stromversorgung durch Erneuerbare Energien	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Netzanschluss nördliche Städte und Gemeinden	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Provinzelektrifizierung Nordafghanistan	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Programm Regionale Stromübertragung Nordafghanistan	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Wasserversorgung nördliche Klein- und Mittelstädte	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Wasser und Abwasser Regionale Zentren	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Wasserversorgung Kabul	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Soziale Integration von jugendlichen Binnenflüchtlingen	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Grundbedürfnisorientierter Wohnraum für Vertriebene in Afghanistan (Norwegian Refugee Council)	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Sicherung der natürlichen Existenzgrundlagen und Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Einkommen in vier Distrikten von Samangan (Nordafghanistan)	Deutsche Welthungerhilfe e.V.
KELIM-WEBEN im NAZO-Ausbildungszentrum für Frauen in Achmad Schah Baba Mina, (neue Berufsausbildung, Beratung und Kommunikation)	NAZO Deutschland - Hilfe für Afghanische Frauen e.V.
Stärkung von Frauenrechten durch ökonomische Initiativen	GLS Treuhand e.V.

Förderung der wirtschaftlichen Integration von Vertriebenen und Rückkehrern in der Stadt Kabul durch Berufsbildung und Zugang zu Kreditfinanzierung.	Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Verbesserung der Ernährungssicherung durch Stärkung lokaler Nichtregierungsorganisationen in vier Provinzen in Nord-/Ost-Afghanistan	Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Zugang zu ganzjähriger Schulbildung für 700 Kinder in der Region Samangan / Distrikt Eibak.	Afghanistanhilfe e.V.
Verbesserung der Unterrichtsbedingungen an staatlichen Schulen in Afghanistan durch den Bau von Klassenräumen und bessere Ausstattung, Lehrerfortbildung	Afghanistan-Schulen - Verein zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan e.V.
Förderung der Selbstständigkeit von afghanischen Frauen durch Berufsausbildung (Teppichküpfern und -weben) in Nejrab, Afghanistan	NAZO Deutschland - Hilfe für Afghanische Frauen e.V.
Ausbildung von Gemeindehebammen in der Provinz Takhar	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Bildungschancen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Rückkehrer-Familien in Afghanistan	terre des hommes Deutschland e.V. Hilfe für Kinder in Not
Resilienzstärkung von Rückkehrern und Vertriebenen in Kunduz und Balkh, Afghanistan, durch die Verbesserung von Gesundheits- und Ernährungsstatus, Einkommensmöglichkeiten und Kinderschutz	Save the Children Deutschland e.V.
Verbesserung der Bedingungen für Schulbildung an einer staatlichen Schule in Afghanistan durch Schulbau, Fortbildung von Lehrkräften und Hausmeistern, Weiterentwicklung des Schulentwicklungsrats	Afghanistan-Schulen - Verein zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan e.V.
Verbesserung der Lehr- und Lernqualität für ca. 4250 Schüler*innen und 126 Lehrer*innen durch ein neues Klassenraumgebäude an der Grund- und Mittelschule „Khawaja Boghra“ in Kabul, Afghanistan	Visions for Children e.V.
Gemeinsam Lernen: Verbesserter Zugang zu gemeindebasierter Bildung für konfliktbetroffene Kinder aus Rückkehrer-, Vertriebenen- und Gastgemeinden in Kunduz, Afghanistan	Save the Children Deutschland e.V.
Stärkung der Ernährungssicherheit und des Ressourcenmanagements in Nangarhar, Afghanistan	Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Zivilgesellschaft befähigen – Verbesserung der Wirksamkeit, Rechenschaft und Wahrnehmung von Zivilgesellschaft in Afghanistan	Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Zukunftsperspektiven eröffnen durch Bildungszugänge und Reintegration in das formale Bildungssystem	Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
Gesellschaftspolitisches Kooperationsprogramm Asien und Pazifik	Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Regionalprogramm Asien	Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Regionalprogramm Asien	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Anbau und die Vermarktung von Safran in den Provinzen Herat und Balkh, Afghanistan	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)
Kurse zur Förderung der Ausbildung und Berufstätigkeit von Frauen in der Region Andkhol / Nordafghanistan	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)
Unterstützung des Ausbildungszentrums des Vereins zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan in Andkhol/ Afghanistan	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)
Technische Ausbildung für Versorgungstechnik und Betriebsdienste an Gesundheitsseinrichtungen in Kabul	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)
Unterstützung für den Betrieb der Klinik WAZIR AKBAR KHAN in Kabul	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)
Unterstützung des Irene Salimi Kinderkrankenhauses in Kabul	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)
Weitere Bekämpfung von Lepra und Tuberkulose im Hazarajat und Mazar-i-Sharif	Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE)

